

Bundesumweltminister Klaus Töpfer:

## Schnellstens und weltweit auf FCKW verzichten

Bundesumweltminister Klaus Töpfer setzte sich zu Beginn der Berliner Ersatzstoffkonferenz erneut dafür ein, schnellstmöglichst die FCKW-Produktion und Verwendung national, europa- und weltweit zu beenden. Gleichzeitig sprach er sich dafür aus, den Entwicklungsländern technologische und materielle Unterstützung beim Aufbau FCKW-freier Industrieproduktionen zu leisten.

Die jüngsten alarmierenden wissenschaftlichen Erkenntnisse auch über den Abbau der Ozonschicht in der nördlichen Hemisphäre zeigten erneut, wie notwendig es sei, unverzüglich auf Fluorchlorkohlenwasserstoffe zu verzichten. Die Kontinuität der Umweltpolitik der Bundesregierung werde durch die neuesten wissenschaftlichen Ergebnisse bestätigt. Die Bundesregierung handle nämlich nicht erst jetzt angesichts der drohenden Gefahren auf der Nordhalbkugel, sondern sie habe von Anfang an einen nationalen Alleingang entwickelt und durchgesetzt. Mit der vor zwei Jahren getroffenen Entscheidung, bis 1995 vollständig aus Produktion und Verbrauch von FCKW und Halonen auszusteigen, habe die Bundesrepublik Deutschland weltweite Maßstäbe gesetzt.

Durch diese Vorreiterrolle sei die Industrie in ihren Bemühungen unterstützt worden, intensiv an der Erforschung und Entwicklung nicht-ozonschädigen-

(Fortsetzung Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

● **Grundsatzprogramm**

Das „C“ steht nicht zur Disposition. Seite 3

● **CDU-Finzen**

Überschuldung gesenkt. Seite 7

● **Bundeswehr**

Eckwerte der Reform vom Kabinett gebilligt. Seite 9

● **Neue Bundesländer**

Weichen stehen richtig/ Aufschwung-Ost gewinnt an Fahrt. Seite 11

● **Asyldebatte**

Mit Beiträgen von Wolfgang Schäuble, Rudolf Seiters und Johannes Gerster. Seite 13

● **Europa**

Währungsunion in Maastricht; Ein konsequenter Weg. Seite 17

● **Dokumentation**

Ozonloch — Schutz der Erdatmosphäre. Grüner Teil

## Zitat

*Letzten Freitag habe ich das Gefängnis von Bautzen besucht — den Ort, an dem die kommunistischen Machthaber im Laufe der Jahre Tausende von Menschen eingesperrt und gequält haben. Ich stehe noch ganz unter dem Eindruck dieses Besuches. Zwischen 10 000 und 16 000 Menschen — Genaueres wissen wir nicht —, die dort ums Leben kamen, sind in Bautzen — anders kann man es nicht sagen — verscharrt worden. Allein dies macht die Dimension der Aufgabe deutlich, die uns mit der Überwindung der schlimmen Hinterlassenschaft der DDR gestellt ist.*

**Helmut Kohl**

*(Fortsetzung von Seite 1)*

der Ersatzstoffe zu arbeiten. Diese Strategie habe sich als erfolgreich erwiesen. Mittlerweile seien die Einsatzmöglichkeiten von Ersatzstoffen in allen Anwendungsbereichen weit fortgeschritten. Deshalb arbeitet Töpfer daraufhin, den Ausstieg aus der FCKW-Produktion und Verwendung in Deutschland grundsätzlich von 1995 auf 1993 vorzuziehen. Ausnahmen davon könnten höchstens in klar begrenzten Fällen und nur bei Einsatz in geschlossenen Systemen erlaubt werden.

Nach Auffassung von Bundesumweltminister Töpfer muß dieses schnellere Ausstiegstempo auch weltweit durchgesetzt werden. Dies könne allerdings nur dann gelingen, wenn die entsprechenden Ersatztechniken und Ersatzstoffe den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden. Daher sei technologische

und finanzielle Hilfe für die Entwicklungsländer ebenso bedeutsam wie der schnelle Ausstieg in Deutschland selbst. Der Minister sprach sich dafür aus, die vorhandenen Ersatzstoffe den Entwicklungsländern bereit zu stellen, damit sie ihre Industrieproduktion auf nicht-ozonschädigende Stoffe umstellen können. Zu diesem Zwecke beteilige sich die Bundesrepublik Deutschland mit über 20 Mio. US-Dollar am multilateralen Fond des Montrealer Protokolls. **(Siehe auch Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.)**

## Aenne Brauksiepe wurde 80 Jahre alt Glückwünsche vom Kanzler

**Der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat der früheren Bundesministerin Aenne Brauksiepe zu ihrem 80. Geburtstag am 23. Februar gratuliert. In dem Glückwunschsreiben Kohls heißt es u. a.:**

*Sie gehören einer Generation von Frauen an, für die eine Beteiligung am öffentlichen Leben und politisches Engagement durchaus unüblich waren. Ihr Wirken in der nationalen und internationalen Frauenarbeit nach Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete Pionierarbeit. Dies gilt auch für die Parlamentarierin der ersten Stunde. Sie haben mitgeholfen, den Weg zu bereiten, der es mehr und mehr Frauen ermöglicht, selbstbewußt ihre gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft — in der Arbeitswelt ebenso wie im öffentlichen Leben — einzufordern und ihren Platz dort zu behaupten.*

## Programmdiskussion

# Das „C“ steht nicht zur Disposition

Die Grundsatzprogramm-Kommission hat sich in einer neunstündigen Klausurtagung über die wesentlichen Inhalte des Grundlagenkapitels für ein neues Grundsatzprogramm verständigt. Auf einer Pressekonferenz am Montag, dem 24. Februar 1992, erklärten der Kommissionsvorsitzende Reinhard Göhner sowie Bernhard Vogel, Sprecher der Kommissionsgruppe I („Grundlagen und Grundwerte“), und Otfried Hennig, Sprecher der Kommissionsgruppe V („Außenpolitik“), daß das „C“ für die Partei keineswegs zur Disposition stehe. Im Gegenteil: Im neuen Grundsatzprogramm werden die christlichen Grundlagen unserer Politik stärker entfaltet und aktualisiert.

Göhner führte u.a. aus:

Die Grundwerte der Union werden nicht nur im Grundlagenteil des neuen Programms entwickelt und begründet; sie ziehen sich auch als roter Faden durch die nachfolgenden Kapitel. Damit wird die wertgebundene Politik der CDU unterstrichen und verdeutlicht. Wir bekennen uns ausdrücklich zum christlichen Verständnis vom Menschen, in dessen Mittelpunkt der einzelne in seiner unantastbaren Würde und personalen Freiheit steht. Der Mensch ist Teil der Schöpfung. Sie ist ihm zur Gestaltung anvertraut. Ihr Eigenwert verpflichtet uns, die Schöpfung zu bewahren, auch für nachfolgende Generationen.

Aus der Berufung auf diese Überzeugungen als wesentliche Grundlagen unserer Politik folgt für uns weder der Anspruch, nur innerhalb der christlich-demokratischen Union sei eine Politik aus christli-

cher Verantwortung gestaltbar, noch ein Ausschluß Andersdenkender. Um es deutlich zu sagen: Wir verstehen uns nicht als Glaubensgemeinschaft oder politische Ersatzkirche, sondern als politische Partei, die auf der Grundlage des christlichen Menschen- und Weltverständnisses eine gute und erfolgreiche Politik für alle Menschen in Deutschland gestalten will. Dies ist die Grundlage für das gemeinsame Wirken von Christen und Nichtchristen in der Union.

Aus diesem Verständnis vom Menschen leiten sich nach Auffassung der Grundsatzprogramm-Kommission die Grundwerte „Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit“ ab. Im Unterschied zu anderen Parteien und der bisherigen Programmatik der CDU wollen wir den Grundwert der Gleichheit einführen, den wir aus dem christlichen Verständnis vom Menschen, das von der gleichen Würde aller Menschen ausgeht, ableiten. Das bedeutet: Die Würde, die Freiheit und das Leben des Menschen sind in allen seinen Lebensphasen gleich zu achten und zu schützen. Jedem einzelnen Menschen kommt die gleiche Würde zu — unabhängig von Geschlecht, Rasse, Alter, religiöser oder politischer Überzeugung, Gesundheit, Leistungskraft oder Erfolg.

Warum wollen wir die Gleichheit als neuen Grundwert in unser Grundsatzprogramm aufnehmen? Zunächst: Auch das bisherige Programm nennt die Gleichheit an herausgehobener Stelle, ordnet sie aber der Gerechtigkeit zu. So lautet Ziffer 26: „Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer Würde und Freiheit . . .“ Um mögliche Mißverständlichkeiten zu vermeiden, müssen wir

deutlich machen, daß jedem Menschen die Eigenschaft und der Eigenwert der Gleichheit von Natur aus zukommt. Damit ist nicht Gleichmacherei gemeint, sondern die Gleichheit der Würde, der Freiheit und des Lebensrechts. Wir brauchen den eigenständigen Grundwert der Gleichheit, wenn wir nicht wollen, daß etwa der Frau die gleichen Rechte lediglich unter dem Gerechtigkeitspostulat „zugeteilt“ werden.

Ein anderer Bereich führt uns die Bedeutung des Grundwertes der Gleichheit deutlich vor Augen: Wir erleben eine sich verstärkende Diskussion über die Tötung sog. „lebensunwerten“ Lebens, die Euthanasie und die Sterbehilfe. Im Hinblick auf die ethische Fundierung sind wir aufgefordert, die Grenzen menschlichen Handelns aufzuzeigen. Sie liegen dort, wo das gleiche Recht auf Leben, Würde und Freiheit verletzt wird, wo das menschliche Leben einer zynischen Kosten-Nutzen-Analyse ausgesetzt wird und wo sich die Anmaßung erhebt, ein Leben als glücklich oder lebensunwert zu qualifizieren.

Auf der Grundlage unserer Grundwerte „Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ wollen wir versuchen, Visionen für eine gerechtere und menschlichere Welt zu entwickeln. Wir wissen, daß wir das Paradies auf Erden nicht schaffen können. Unsere Visionen können uns aber über den politischen Alltag hinaus in unserem politischen Engagement motivieren und unseren Blick für die vor uns liegenden großen Aufgaben schärfen.

Das christliche Verständnis vom Menschen verpflichtet uns zur Anteilbarkeit unserer Grundwerte für alle Menschen. Sie ist auch Grundlage und Maßstab unseres außenpolitischen Handelns. In einer ersten Diskussion über das Kapitel „Für eine freie, gerechte und friedliche Welt“ haben wir die neuen Handlungs-

spielräume und gewachsene Verantwortung Deutschlands in Europa und der Welt erörtert. Das Ende der Konfrontation zwischen Ost und West hat eine neue Offenheit in der internationalen Ordnung entstehen lassen. Sie ermöglicht Freiheit und Selbstbestimmung der Völker, birgt aber auch neue Konfliktpotentiale und Risiken in sich.

Das Grundsatzprogramm der CDU wird durch einen neuen Programmstil gekennzeichnet sein. Ausgehend von prägnanten Situationsbeschreibungen und tabufreien Bestandsaufnahmen wollen wir Perspektiven unserer Politik in den unterschiedlichen Politikbereichen aufzeigen. Die im Grundlagenteil formulierten Maßstäbe werden in allen Politikfeldern und in unseren Visionen für eine andere Welt entfaltet.

Ende dieses Jahres wird die Grundsatzprogramm-Kommission einen Entwurf vorlegen, der im nächsten Jahr in den Gliederungen der Union ausführlich diskutiert werden kann.

Bernhard Vogel:

## Keine Utopien – aber Visionen

Das Ludwigshafener Grundsatzprogramm muß überprüft werden, weil wir heute in einer anderen Zeit leben. Die Welt hat sich verändert, auch die geistige Welt. Es ist eine Zeit angebrochen, wo Freiheit und Menschenrechte und Selbstbestimmung und Demokratie eine viel größere Chance haben, als wir uns das 1978 noch hätten vorstellen können. Und deswegen haben wir im Entwurf versucht, so etwas wie Visionen darzustellen, dessen was wir gestützt auf unsere Grundsätze für die Zukunft für möglich halten. Eine Utopie ist etwas unrealistisches,

Ottfried Hennig:

## „Wir stehen vor großen Herausforderungen“

Mit schmückenden Beiworten sollten wir in der Politik vielleicht etwas zurückhaltender sein, aber es dürfte sich kaum Widerspruch erheben, wenn ich die politischen Veränderungen, die sich seit dem Ende der 80er Jahre in Europa und in der Folge weltweit vollzogen haben, historisch nenne:

■ Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen den westlichen Demokratien und den sozialistischen Diktaturen besteht nicht mehr. Der Sozialismus ist gescheitert, und mit ihm geht das Zeitalter der

eine Vision ist etwas, was bei großer Anstrengung und unter günstigen Bedingungen realistisch erreicht werden kann. Wir wollen keine Utopien verkünden, aber wir wollen Ziele setzen, für die zu arbeiten sich lohnt, beispielsweise die Vision einer Welt mit weniger Hunger und weniger Krieg und letztlich ohne Hunger und ohne Krieg. Einer Welt, wo die Menschenrechte geachtet werden, einer Welt, in der die Gesellschaft von der solidarischen Verpflichtung aller getragen wird, und die Vision von einer Welt, in der der Raubbau mit der Natur gestoppt werden kann.

Wir halten solche Visionen für möglich, und wir bemühen uns, sie auch für das Programm zu formulieren. Was die Grundwerte anbetrifft und was die Aufnahme der Gleichheit in den Grundwertekatalog der Union betrifft, erwarte ich, daß darüber in der Partei eine sehr lebhaft Diskussions stattfinden wird. ■

Diktaturen — wie wir zuversichtlich annehmen — zu Ende.

■ Die Völker, die sozialistische Diktaturen ertragen mußten, sind dabei, demokratisch und marktwirtschaftlich verfaßte Staatswesen aufzubauen.

■ Über Europa hinaus hat dieser Wandel Bedeutung für die Völker der sogenannten Dritten Welt. Die Gefahr sozialistischer Experimente geht zurück, die Chance zum Neuanfang, und wenn man so will, zur wirklichen Unabhängigkeit mancher Staaten ist damit erst gegeben.

■ Gleichzeitig ist aber auch das Risiko gewachsen, daß politisches Abenteuer-tum oder religiöser Fanatismus regionale Konflikte auslösen, die die Sicherheit und den Frieden der Welt und damit mittelbar oder unmittelbar auch unsere Lage bedrohen. Der Golfkrieg war dafür nur ein Beispiel. Weder vor diesem Risiko noch vor den weit über Deutschland und Europa hinausweisenden ökologischen Risiken dürfen wir die Augen verschließen: Die Globalisierung vieler Probleme ist die neue und viel stärker zu berücksichtigende Wirklichkeit.

Damit wird klar: Wir stehen in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik der 90er Jahre vor großen Herausforderungen, müssen die Chancen nutzen und die Risiken meistern.

Die demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland müssen darauf auch programmatisch reagieren, und die Christlich Demokratische Union ist die erste Partei, die das mit der Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogrammes

tut. Aus der Diskussion der Kommission Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, deren Vorsitz ich habe, möchte ich ihnen einige Gedanken und Leitlinien vortragen:

1. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sind angesichts der angesprochenen Globalisierung vieler Probleme keine getrennten, sondern immer stärker aufeinander angewiesene und von einander abhängige Politikbereiche.
2. Viele Aufgaben lassen sich angesichts ihrer globalen Bedeutung nicht mehr im nationalen Alleingang lösen. Die internationale Zusammenarbeit setzt aber auch eine internationale Politikfähigkeit voraus. Dem muß die Bundesrepublik Deutschland umfassend Rechnung tragen, im Klartext: Wir müssen mitgestalten und Mitverantwortung tragen; mit Scheckbuchdiplomatie allein kann man die Probleme nicht lösen, übrigens auch im Hinblick auf den eigenen Kontostand nicht.
3. Europa — und damit ist hier nicht nur die Europäische Gemeinschaft gemeint — ist also ein zentrales Thema der 90er Jahre. Die Gemeinschaft muß mehr werden als eine Währungsunion, vielmehr muß sie ganz konkrete, rasche Fortschritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erzielen. Sie muß die Einheit in der Vielfalt erreichen, mit anderen Worten, sie muß föderal strukturiert und umfassend demokratisch legitimiert sein.
4. Die Europäische Gemeinschaft muß grundsätzlich offen sein für alle europäischen Staaten, die die Voraussetzungen für die Integration erfüllen. Die wirtschaftliche und politische Stabilisierung im besonderen Osteuropas liegt in unser aller Interesse. Wir sagen: Nord-Süd-Entwicklungsarbeit muß, ohne daß es hier zu Kürzungen kommt, durch eine umfassende West-Ost-Zusammenarbeit ergänzt

werden. Die aus allen anderen herausragende Aufgabe im außenpolitischen Bereich heißt: Wie kann es so schnell wie möglich gelingen, den neuen, demokratischen Nachbarn in Osteuropa Sicherheit und Wohlstand schrittweise, aber so schnell wie möglich und als Perspektive umgehend zukommen zu lassen.

Hier liegt die eigentliche, die neue, die historische Herausforderung für die Staaten Westeuropas. Sicher ist es für die EG-Staaten unverändert wichtig, ihren Zusammenschluß zu finalisieren, zu optimieren und zu perfektionieren. Dies bleibt von entscheidender Bedeutung!

Parallel dazu muß in möglichst kurzer Frist den postkommunistischen Staaten die Chance auf Demokratie, Menschenrechte und Soziale Marktwirtschaft gewährt und gesichert werden.

5. Strukturelle Entwicklungshilfe ist davon abhängig zu machen, daß internationale Konventionen zur Achtung der Menschenrechte und des Friedens eingehalten und dem Umweltschutz umfassend Rechnung getragen wird.

6. Die Zusammenarbeit mit den nord-amerikanischen Demokratien ist auf allen Politikfeldern zu verstärken, Japan einzubeziehen. Ich sage aber auch hier: Verantwortung kann man nur weitergeben, wenn man selbst zu ihnen steht.

7. Eine umfassende Sicherheitskonzeption wird auch für die Zukunft die militärische Sicherheitsvorsorge einschließen. Frieden schaffen mit weniger Waffen war, wie die Geschichte der letzten 10 Jahre eindrucksvoll bewiesen hat, die richtige Politik. Frieden ohne Waffen ist vor dem geschilderten sicherheitspolitischen Hintergrund eine gefährliche Utopie. NATO und EG bleiben gerade jetzt Eckpfeiler und Stabilitätsanker in einer im Umbruch befindlichen Welt.

8. Wir werden in unserem außenpolitischen Programmteil auch der auswärtigen

## CDU-Finanzen

## Überschuldung gesenkt

Zu der gegenwärtigen Diskussion über die Finanzen der CDU-Bundespartei erklärt der Bundesschatzmeister der CDU, Walther Leisler Kiep:

1. Die CDU hat keine der von ihr zum Stichtag der Vereinigung zwischen der CDU der ehemaligen DDR und der CDU der Bundesrepublik am 1. Oktober 1990 übernommenen Mittel zur Tilgung ihrer Schulden herangezogen. Durch den von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer testierten Bericht hat die Bundesgeschäftsstelle zum 31.08.1991 bereits nachgewiesen, daß sie alle übernommenen Mittel auf Sonderkonten führt. Diese Mittel wurden bzw. werden ausschließlich in den Landesverbänden der CDU der neuen Bundesländer eingesetzt.

2. Die Volkskammerfraktion der CDU/DA in der ehemaligen DDR hat den CDU-Landesverbänden in den neuen Bundesländern vor der staatlichen Vereinigung finanzielle Mittel für die Arbeit der damaligen Volkskammerabge-

ordneten, die nach der Wiedervereinigung dem Deutschen Bundestag angehören, zur Verfügung gestellt. Diese Beträge sind überwiegend nach der Vereinigung den Konten der CDU-Landesverbände gutgeschrieben worden. Die Überweisung erfolgte in eigener Zuständigkeit der CDU-Volkskammerfraktion. Die Bundespartei war daran nicht beteiligt. Der Hauptvorstand der CDU der ehemaligen DDR und die CDU-Bundesgeschäftsstelle haben zu keiner Zeit über diese Mittel verfügt.

3. Der Rechenschaftsbericht der CDU für das Jahr 1990 weist bei der Bundespartei eine Verschuldung von 59,3 Mio. DM und eine Überschuldung von 7,7 Mio. DM aus.

Unter **Verschuldung** versteht man die Summe der Verbindlichkeiten.

**Überschuldung** ist die Differenz von Verbindlichkeiten (Passiva) und Vermögenswerten und Forderungen (Aktiva).

4. Die Überschuldung ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Schuldnern größer sind, als die Besitzstände. Letztere wiederum bestehen aus tatsächlichen im Eigentum der Partei befindlichen Vermögenswerten und Forderungen.

Zu den Vermögenswerten zählen die Geldbestände, das Haus- und Grundvermögen (Kommanditanteile an der Konrad-Adenauer-Haus KG), die Geschäftsstellenausstattung und die Beteiligung an der Union-Betriebs GmbH. Die Beteiligungen am Hausbesitz und an der UBG können vernünftigerweise nicht veräußert und in liquide Mittel umgewandelt werden.

gen Kulturpolitik angemessenen Raum geben. Dabei stellen wir das Schicksal der deutschen Minderheiten und eine angemessene Vermittlung deutscher Kultur im Ausland in den Mittelpunkt.

9. Wir werden die Aufgaben und Perspektiven der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik darstellen und damit auch den Kompetenzanspruch der Union auf diesen Politikfeldern untermauern. Es ist schließlich die außen- und sicherheitspolitische Konzeption Konrad Adenauers gewesen, die mit der Wiedervereinigung Deutschlands eine eindrucksvolle Bestätigung gefunden hat. ■

Damit scheiden sie zur direkten Finanzierung der laufenden Kosten aus.

Bei den Forderungen handelt es sich z.B. um die noch nicht erfolgten Zahlungen von Mitgliedsbeitragsanteilen durch die Landesverbände an die Bundespartei und den zu erwartenden Chancenausgleich durch den Deutschen Bundestag.

5. Die Verschuldung von 59,3 Mio. DM ergibt sich aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 48,9 Mio. DM und den „sonstigen Verbindlichkeiten.“ Zu den „sonstigen Verbindlichkeiten“ gehören zum Beispiel die zum Jahresende unbezahlten Rechnungen in Höhe von ca. 8 Mio. DM.

6. Im Jahre 1991 sind die Bankkredite um 15 Mio. DM getilgt worden. Diese reduzierten sich damit Ende 1991 auf ca. 35 Mio. DM.

In den Jahren 1992 und 1993 sollen möglichst je weitere 15 Mio. DM zur Rückführung der Schulden bereitgestellt werden. Wenn sich diese Absichten realisieren lassen, hat die Bundespartei zu Beginn des Jahres 1994 nur noch einen geringen Schuldenstand.

7. Der CDU wurde vorgeworfen, sie habe auf dubiose und zweifelhafte Weise ihre Schulden vermindert. Dazu ist folgendes festzustellen:

Die CDU konnte ihre Schulden verringern, weil sie höhere Einnahmen erzielte und zugleich die Ausgaben reduzierte. Die Einnahmesteigerung bei der CDU hing wesentlich mit der größeren Zahl der Wahlberechtigten im geeinten Deutschland und dem guten Wahlergebnis zusammen. Außerdem waren die direkten Wahlkampfausgaben im Jahre 1990 geringer als im Jahre 1987.

Höhere Einnahmen und geringere Wahlkampfausgaben haben es der CDU ermöglicht, den Schuldenstand des Jahres 1990 um etwa 25 Mio. DM auf 48,9 Mio. DM zu verringern.

8. Der CDU wird ferner vorgehalten, sie hätte bei den Wahlen im Jahre 1990 im Verhältnis zum Wahlkampf 1987 36 Mio. DM weniger ausgegeben. Dies ist folgendermaßen zu erklären:

Die Verringerung der Ausgaben gegenüber der Bundestagswahl 1987 sind u.a. darauf zurückzuführen, daß die durch die Bundespartei ermittelten **indirekten wahlkampfbezogenen Kosten** aus Anlaß der Bundestagswahlen wegen der verkürzten Wahlperiode nicht für vier Jahre — wie sonst üblich — sondern nur für drei Jahre ermittelt worden sind. Dadurch verminderte sich der rechnerische Gesamtaufwand für die Bundestagswahlen um etwa 24 Mio. DM.

Die Verminderung der **direkten Kosten** hat ihre Ursache u.a. in dem kurzfristig angesetzten Wahltermin. Dieser hatte zur Folge, daß die im Wahlkampf üblicherweise durchzuführenden Maßnahmen verringert und damit auch die Kosten gemindert wurden. Dies gilt nicht nur für die Bundespartei, sondern auch für die nachgeordneten Verbände.

9. Es trifft zu, daß die Aufwendungen anderer Parteien für die Bundestagswahl 1990 höher waren als die vergleichbaren Kosten für die Legislaturperiode 1983 — 1987. Dies bezieht sich nach den bekanntgewordenen Zahlen aber nicht auf die **direkten Wahlkampfkosten**, sondern auf die **indirekten wahlkampfbezogenen Kosten**.

Bei den indirekten wahlkampfbezogenen Kosten handelt es sich um prozentuale Anteile der jeweiligen Jahres-Etat-Ausgaben, die als Erfahrungswerte den Wahlkampfausgaben zugerechnet werden (z.B. Ausgaben für Personal, laufenden Geschäftsbetrieb, innerparteiliche Gremienarbeit und Information). Diese Zurechnung ist sachgerecht, weil während der gesamten Legislaturperiode bei den Parteien Aufgaben wahrgenommen werden, die der Vorbereitung von Wahlen dienen.



Gerhard Stoltenberg:

## Reform der Bundeswehr vom Kabinett gebilligt

**Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am 14. Februar 1992 nach eingehenden Beratungen und der Behandlung einer Vielzahl von Themen die Eckwerte der weiteren Bundeswehrplanung gebilligt.**

Der Friedensumfang der Bundeswehr des vereinten Deutschlands wird ab 1995 370.000 Soldaten umfassen. Grundlage dieser Planung ist die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und einer Grundwehrdienstdauer von 12 Monaten, wie dies die Entscheidung der Bundesregierung weiterhin vorsieht.

Gleichzeitig mit dieser erheblichen Verringerung der Zahl unserer Soldaten durchlaufen unsere Streitkräfte eine tiefgreifende konzeptionelle und organisatorische Reform ihrer Struktur und Stationierung. Die Bundeswehr wandelt sich damit grundlegend von einer Präsenzarmee zu einer Ausbildungs- und Mobilmachungsarmee. Es wird künftig eine wesentliche Leistung der Truppe und Basisorganisation sein, die Grundwehrdienstleistenden in ihrer zwölfmonatigen Dienstzeit so auszubilden, daß sie als voll einsatzbereite Reservisten im Falle einer Mobilmachung zur Verfügung stehen.

Da wir in Zukunft in sehr viel stärkerem Umfang gekaderte Verbände haben werden, bleiben Reservisten als integraler und wichtiger Bestandteil der Bundeswehr auch künftig unverzichtbar für unsere militärische Sicherheitsvorsorge. Im Lichte der verbesserten Sicherheitslage in Europa haben wir bereits den Verteidigungsumfang der Bundeswehr vor

15 Monaten von 1,34 Millionen auf rund 900.000 Soldaten zurückgeführt. Wir prüfen derzeit, inwieweit eine weitere begrenzte Reduzierung sinnvoll ist.

Wir werden künftig aber weniger Reservisten als bisher einberufen und werden uns dabei vorwiegend auf die Jahrgänge konzentrieren, die unmittelbar dem Wehrdienst folgen. Im Frühjahr wird über eine neue, der veränderten Personalstruktur angepaßte Konzeption entschieden werden.

---

### Neue Personalstruktur

---

Ich begrüße, daß wir innerhalb der Koalition Einvernehmen über das von uns erarbeitete neue Personalstrukturmodell erzielen konnten. Damit sind nunmehr entscheidende Voraussetzungen für eine grundlegend günstigere Personalstruktur geschaffen worden, mit der die Beförderungsmöglichkeiten für Offiziere und Unteroffiziere erheblich verbessert werden.

Seit 1988 haben wir begonnen, Übungen vermehrt auf Truppenübungsplätze zu verlegen und Übungen im freien Gelände mit wesentlich weniger Soldaten und schwerem Gerät durchzuführen. Für die Zukunft sieht das Konzept der Streitkräfte vor, alle 20 Truppenübungsplätze im Westen und von 60 Plätzen in den neuen Bundesländern nur noch 15, diese aber mit erheblich verringerter Intensität, weiterhin zu nutzen.

Mit dem zu Beginn dieses Jahres verabschiedeten Bundeswehrplan '93 ist eine

sorgfältig vorbereitete und weitreichende Richtlinie vorgegeben, die angesichts der Neuplanung für die Bundeswehr die Beschaffungsplanung bis zum Jahre 2004 festlegt. Sie ermöglicht im Vergleich zum ursprünglichen Vorhabenumfang eine Verringerung des Planungsvolumens um 43,7 Milliarden. Schwerpunkte der neuen Planung sind die Verbesserung der Führungs- und Aufklärungsfähigkeit und höhere Mobilität unserer Verbände.

Die neue Struktur und Aufgabenerfüllung der Bundeswehr wurde parallel zur neuen Strategie und den militärischen Planungen des Bündnisses entwickelt; sie berücksichtigt zugleich die durch die Beschlüsse von Maastricht und die neue Rolle der WEU vorgezeichnete Entwicklung. Unsere Streitkräfte sind im wesentlichen Hauptverteidigungskräfte zur Verteidigung Deutschlands im Rahmen der NATO. Ich möchte unterstreichen, daß der nach den Beschlüssen im Bündnis vorgesehene deutsche Beitrag zu schnellen Eingreifverbänden der Allianz zur Krisenreaktion im Hinblick auf das Vertragsgebiet geplant wird. Erst nach einer klarstellenden Ergänzung des Grundgesetzes können solche Kräfte auch für weitergehende Missionen im Rahmen der Vereinten Nationen vorgesehen werden.

Die Bundeswehr nimmt in verstärktem Umfang Aufgaben humanitärer Hilfe wahr. Ihr Einsatz, zuletzt in diesen Wochen in Verbindung mit der EG-Nahrungsmittelhilfe für Rußland, hat große Beachtung und Zustimmung gefunden. Die Verwirklichung der grundlegenden Bundeswehrreform wird die Soldaten und zivilen Mitarbeiter vor weitere große Herausforderungen stellen. Für den Erfolg der Reform ist es wesentlich, daß sie von allen politisch und gesellschaftlich verantwortlichen Kräften solidarisch mitgetragen wird. Unsere Bundeswehr verdient diese Unterstützung. ■

## SPD blockiert den Aufschwung Ost

**Zum Verhalten der SPD-geführten Landesregierung in Hessen beim Bau der Stromverbundleitung von Hessen nach Thüringen erklärt der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl: Die SPD-Blockade des Steuerpakets war kein einmaliger Lapsus. Sie ist ganz offenbar Teil einer konzertierten Strategie der SPD zur Blockade des Aufschwungs Ost. Einen weiteren Beweis dafür liefert die hessische, SPD-geführte Landesregierung in Hessen.**

Sie bremst, verhindert und verzögert seit Monaten den Bau der Stromverbundleitung von Hessen nach Thüringen. Während die Leitung auf thüringischer Seite bereits im Bau ist, steht auf hessischer Seite noch nicht einmal die Trassenführung definitiv fest!

---

### Es gab schon Ausfälle in der Produktion

---

Da Thüringen gegenwärtig u. a. von Stromlieferungen aus der Ukraine abhängig ist, hat es bereits im Dezember 1991 schwerwiegende Produktionsausfälle gegeben. Moderne EDV-Anlagen bzw. computergesteuerte Maschinen können wegen der zu geringen Netzstabilität nicht störungsfrei betrieben werden. Das neue Opel-Werk in Eisenach (Betriebsbeginn September 1992) wird voraussichtlich ganz erhebliche Produktionsausfälle wegen des fehlenden Stromverbundes mit Hessen hinnehmen müssen.

Wenn es der Hessischen Landesregierung ernst ist mit dem Aufschwung Ost, dann muß sie das Genehmigungsverfahren drastisch beschleunigen lassen. ■

Ministerpräsident Werner Münch

## Weichen stehen richtig Aufschwung Ost gewinnt Fahrt

**Als Ministerpräsident eines der neuen Länder halte ich es für angezeigt, zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung einige Anmerkungen speziell aus ostdeutscher Sicht zu machen. Ich tue dies, weil ich die Sorge habe, daß zwar im Osten viel über den Westen und im Westen viel über den Osten, daß aber noch immer viel zu wenig wirklich miteinander geredet wird. Dadurch ist bei vielen in unserem Land leider der Eindruck entstanden, als ob die eine Seite der jeweils anderen etwas wegnehmen wolle und als ob man sich im Westen vor den Begehrlichkeiten des Ostens und auch umgekehrt zu schützen habe.**

Dieser Eindruck ist nicht nur falsch, er ist auch sehr gefährlich: Mit der deutschen Einheit und mit dem epochalen Umbruch in Mittel- und Osteuropa ist zunächst einmal die Zeit vorbei, in der der Westen Deutschlands seinen ständig wachsenden Wohlstand gewissermaßen als naturgegeben annehmen konnte. Wir müssen begreifen: Wenn es Ostdeutschland schlecht geht, dann geht es Deutschland insgesamt schlecht. Ein Teil unseres Staates kann nicht unbeschadet bleiben, wenn der andere mit schweren Lasten zu kämpfen hat. Deshalb gilt: Was wir heute in den neuen Ländern tun, das tun wir für die Zukunft des ganzen Landes.

Wir stehen heute in Deutschland vor der Alternative, ob wir ein bestehendes gefährliches Ungleichgewicht festschreiben und damit auf Dauer zu Gefangenen unserer eigenen Strukturprobleme wer-

den wollen oder ob wir die Probleme im Osten schnell und konsequent überwinden, damit der Standort Deutschland stark und attraktiv bleibt, mehr noch: damit er neu an Attraktivität gewinnt.

Im Osten entscheidet sich heute, wie Deutschland in zehn und in zwanzig Jahren in der Welt dastehen wird. Bereits jetzt kann man im übrigen deutlich sehen, welche eine Innovativkraft in den kommenden Jahren von den neuen Ländern ausgehen wird. Es wird ja immer wieder daran erinnert, daß der Osten am Tropf des Westens hängt. Doch wer erinnert eigentlich daran, daß vom zehnten Jahr des Aufschwungs im Westen ohne die deutsche Einheit wohl keine Rede mehr sein könnte? Ich will hier keine Seite gegen die andere ausspielen. Auch umgekehrt gilt nämlich, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung im Osten nur möglich ist, wenn der Aufschwung im Westen nicht stagniert.

Alle reden davon, daß wir Prioritäten setzen müssen. Ich sage: Unsere Priorität heißt Ostdeutschland. Und dies heißt: Investitionen sichern. Wir müssen die Dinge jetzt mit aller Kraft vorantreiben, damit die Lokomotive schnell selbst zu laufen beginnt und die Phase des Übergangs für die Menschen so kurz und so erträglich wie möglich ist.

Niemand in Ostdeutschland will auf Dauer Almosenempfänger des Westens sein. Die Menschen bei uns haben Fähigkeiten genug, und sie sind bereit, ihren Beitrag zum Aufbau zu leisten. Aber es gibt keinen Menschen in Bitterfeld, im

Mansfelder Land oder in der Altmark, wo die Hälfte der Arbeitnehmer in den landwirtschaftlichen Betrieben ihren Arbeitsplatz verloren hat, dem man verständlich machen kann, daß wir nichts Wichtigeres zu tun haben, als auch in der letzten westdeutschen Kleinstadt noch ein Hallenbad zu bauen oder eine Straße zum dritten Mal neu zu pflastern. Hier stellt sich die Frage der Prioritätensetzung sehr konkret. Es geht ja überhaupt nicht ums Verzichten, es geht nur darum, für einige Zeit auf einen Teil des Zuwachses zu verzichten.

Ich sage dies auch mit Blick auf die laufenden Tarifaussinandersetzungen. Ich habe ausgerechnet, daß eine Erhöhung im öffentlichen Dienst um ein Prozent das Land Sachsen-Anhalt pro Jahr etwa 45 Mio. DM kosten würde. Bei den Forderungen, die im Raum stehen, würde dies eine Belastung von weit mehr als 400 Mio. DM bedeuten. Diese Summe kann von uns zur Zeit nicht bezahlt werden.

Ich bin sehr dankbar, daß Bundesgesetzgeber und Bundesregierung für die neuen Länder die Weichen Stück um Stück in die richtige Richtung stellen. Die Unterstützung, die wir vom Bund und von den alten Ländern erhalten, ist beispielhaft. Sie ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Diese Unterstützung verpflichtet uns als neue Länder, auch das unsrige zu tun, soweit wir es irgend können.

Dennoch werden die neuen Länder ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn ihre Finanzkraft schnell und auf Dauer gestärkt wird. Wir brauchen Haushaltsklarheit und Planungssicherheit. Es müssen so schnell wie möglich finanzpolitische Entscheidungen mindestens für die nächsten fünf Jahre getroffen werden. Als ersten Schritt brauchen wir dringend eine zumindest annähernde Verstetigung des „Fonds Deutsche Einheit“. Außerdem

muß bald geklärt werden, wie die Beseitigung der Umweltaltlasten finanziert werden soll. Wenn hier zusammen mit anderen Altlasten, zum Beispiel im Wohnungsbau, ein weiterer Schuldenberg auf uns zukommt, dann haben wir in Sachsen-Anhalt bereits Milliardenbeträge allein für die Zinsen aufzubringen.

Trotz allem: der „Aufschwung Ost“ gewinnt an Fahrt. Für den, der die Situation vor Ort kennt, kann überhaupt kein Zweifel bestehen: Die eingeleiteten Maßnahmen beginnen zu greifen. Aus Sicht des Landes Sachsen-Anhalt kann ich nur bestätigen: Es ist mehr als erstaunlich, wie vieles in kurzer Zeit bereits auf den Weg gebracht worden ist. Ein gravierendes Investitionshemmnis sind indes nach wie vor ungeklärte Eigentumsfragen. Ich bin dankbar, daß die Bundesregierung hier für erhebliche Erleichterungen sorgen will.

Soviel läßt sich heute aber sagen: Die Weichen sind in die richtige Richtung gestellt. Wir sind auf einem guten Weg, auch wenn die eine oder andere rote Ampel noch weg muß. Und der Zug muß noch an Fahrt gewinnen. Lassen Sie uns gemeinsam mit aller Kraft dafür arbeiten, daß der Aufbau des vereinigten Deutschlands so schnell wie möglich gelingt. ■

### Zitat

*„Eine in Bonn regierende SPD hätte die Mehrwertsteuer auch erhöht. Ich bin ganz sicher, daß wir als überzeugte Europäer diesen europäischen Prozeß in Regierungsverantwortung genauso beantwortet hätten, wie ihn die jetzige Bundesregierung beantwortet.“*

**Klaus-Dieter Kühbacher, SPD,  
brandenburgischer Finanzminister**

# Für eine Politik der Humanität und Vernunft

Im Deutschen Bundestag fand in der vergangenen Woche, und zwar am 20. Februar 1992, die erste Lesung zur Neuregelung des Asylverfahrens statt. Nachfolgend Auszüge aus den Debattenbeiträgen von Wolfgang Schäuble, Rudolf Seiters und Johannes Gerster (alle CDU). Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich laut einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen 60 Prozent der Bundesbürger für eine Änderung des Asylrechts im Grundgesetz ausgesprochen haben.

Wolfgang Schäuble:

## Beschleunigung allein reicht nicht aus

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat davon gesprochen, daß es bei dem Asyl-Thema Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung gebe. Das ist wohl wahr, obwohl es eine etwas verharmlosende Beschreibung des Problems ist. Die Beschleunigung der Verfahren und all das, was wir am 10. Oktober verabredet haben, ist gut, nützlich und notwendig. Es ist gut, daß wir einen gemeinsamen Entwurf der Fraktionen haben, den wir auch so rasch wie möglich verabschieden wollen. Über Einzelfragen wird man ja auch während des Gesetzgebungsverfahrens miteinander reden können.

Aber alle Beschleunigung der Verfahren und auch die Einrichtung von Sammelunterkünften für die Unterbringung der Asylbewerber während der Dauer der Verfahren wird alleine nicht reichen. Wir haben immer gesagt, daß wir um eine Änderung des Grundgesetzes nicht her-

umkommen. Deswegen hat meine Fraktion einstimmig beschlossen, einen Antrag auf Änderung des Grundgesetzes einzubringen.

## Ursachenbekämpfung

Es ist aber auch wahr: Die Probleme von Hunger, Not, Elend, Umweltkatastrophen und Bürgerkriegen in Osteuropa wie in den Ländern der Dritten Welt sind durch unser Asylrecht nicht zu lösen. Sie sind auch nicht dadurch zu lösen, daß die Menschen ihre Heimat verlassen und in Westeuropa oder Nordamerika Zuflucht suchen. Sie sind nur dadurch zu lösen, daß wir erfolgreicher als bisher die Ursachen bekämpfen.

Die mißbräuchliche Berufung auf das Grundrecht auf Asyl und die Irreführung dieser Menschen durch kriminelle Schlepperbanden, die ihnen vorspiegeln, sie könnten auf Dauer in Deutschland und Europa sein, sind jedenfalls kein Lösungsansatz für diese Probleme. Deswegen müssen wir zu einer Politik fähig werden, die der Humanität und der Vernunft gleichermaßen entspricht; denn Humanität ohne Vernunft führt uns in diesen Fragen auch nicht weiter. Und vernünftig ist es eben nicht, daß die Jungen und Starke ihre Länder, in denen wirtschaftliche Not herrscht, verlassen. Es sind ja nicht die Kranken, Alten und Schwachen, die als Asylbewerber zu uns kommen, sondern es sind die Jungen, Starken und Dynamischen, die von kriminellen Organisationen irregeleitet werden. Deswegen müssen wir diesen kriminellen Organisationen das Handwerk legen. Das ist doch der eigentliche Kern des Problems!

Wer also will, daß wir die Ursachen bes-

ser bekämpfen als bis heute, und wer will, daß Ausländerfreundlichkeit in Deutschland erhalten bleibt und Ausländerfeindlichkeit nicht wächst, der muß nicht nur Humanität, sondern auch Vernunft walten lassen. Damit muß er den Bürgern klare Antworten geben, nicht solche, bei denen darum herumgeredet wird, wo abgelenkt wird und wo auf die Frage: Soll das Grundgesetz geändert werden? ausgewichen wird.

Wer ehrlich ist, muß sagen, daß es falsch ist, daß wir im Jahr über 5 Mrd. DM für die Unterbringung von Asylbewerbern, von denen wir wissen, daß sie auf Dauer nicht anerkannt werden können, in der Bundesrepublik Deutschland aufwenden, und daß es richtig wäre, das Geld in jenen Ländern einzusetzen, aus denen die Asylbewerber hierherkommen.

### **Harmonisierung des Rechts**

Ich sage Ihnen: Es gibt bei der europäischen Asylpolitik keine andere Lösung als die Zusammenarbeit, wie sie in Schengen und Dublin verabredet wurde. Diese Zusammenarbeit ist auch in Ordnung, weil wir alle die Genfer Flüchtlingskonvention akzeptieren. Auf dieser Grundlage wollen wir die Asylpolitik in Europa harmonisieren und dazu das Grundgesetz ändern und ergänzen. Auf der Grundlage dieser Zusammenarbeit werden wir Europäer gemeinsam in Zukunft stärker die Ursachen der Fluchtbewegungen in Osteuropa wie in Asien und Afrika zu bekämpfen haben. Nur dies entspricht unserer Verantwortung, und nur dies entspricht den Geboten von Humanität und Vernunft.

**Deshalb fordere ich die SPD auf: Reden Sie nicht lange darum herum, sondern sagen Sie ja oder nein, damit die Menschen überall in unserem Lande wissen, woran wir sind.**

### **Rudolf Seiters:**

## **SPD muß Vereinbarungen einhalten**

Das Asylproblem ist mittlerweile zu einem der drängendsten innenpolitischen Probleme geworden. Bisher sind alle Versuche, im Wege der gesetzlichen und organisatorischen Ausgestaltung des Asylverfahrens der Probleme Herr zu werden, an ihre Grenzen gestoßen. Insgesamt siebenmal sind die Vorschriften des Asylverfahrensrechts verändert worden mit dem Ziel, zu schnelleren abschließenden Entscheidungen zu kommen. Die Lösung der Asylprobleme wurde immer wieder allein in der Zauberformel „Verfahrensbeschleunigung“ gesehen — bislang waren jedoch immer nur kurzfristige Entlastungen möglich.

Aus dieser Situation heraus haben CDU/CSU, SPD und FDP am 10. Oktober 1991 in einem Gespräch beim Bundeskanzler nach Wegen zur Lösung der Asylproblematik gesucht. Ich habe es damals gesagt, und ich wiederhole es heute: Wir werden das Problem nicht lösen ohne eine Ergänzung des Grundgesetzes.

### **Beschleunigungsgesetz nur ein erster Schritt**

Aber ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich ungeachtet dieser Auffassung alles getan habe, um in fairer Weise das Verfahrensbeschleunigungskonzept, auf das wir uns am 10. Oktober verständigt haben, rasch und gleichzeitig mit der gebotenen Sorgfalt auf den parlamentarischen Weg zu bringen. Der Gesetzentwurf, über den wir heute sprechen, ist das Ergebnis dieser Zielvorstellung.

Ich möchte zu diesem Gesetzentwurf drei Feststellungen treffen:

1. Ich begrüße es, daß die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP sich zur gemeinsamen Einbringung dieses Gesetzentwurfes durchgerungen haben.

2. Ich bedaure, daß schon in der Interpretation der Zielvorstellungen in einigen — allerdings wichtigen — Fragen grundlegende Unterschiede zwischen den Koalitionsfraktionen und der SPD bestehen. Die Zielvorstellungen hatten nicht zum Inhalt, eine neue „Bundesausländerbehörde“ für alle paß- und ausländerrechtlichen Entscheidungen gegenüber asylbehrenden Ausländern und damit eine flächendeckende Ausländerverwaltung zu schaffen — ganz abgesehen davon, daß dafür auch eine Änderung des Artikels 87 Grundgesetz erforderlich sein würde.

3. Auch unter dem Gesichtspunkt der Verfahrensbeschleunigung sind die zusätzlichen Wünsche und Forderungen der SPD nicht akzeptabel: Für eine Verfahrensbeschleunigung ist es unerlässlich, eine klare Trennung zwischen der Abschiebungsandrohung, die erst nach gerichtlicher Überprüfung vollziehbar wird, und der Durchführung der rechtlich zulässigen Abschiebung vorzusehen.

Erst recht gilt dies für die weitere Forderung nach einer alleinigen ausländerrechtlichen Zuständigkeit des Bundes für alle Maßnahmen gegen Ausländer, die einen Asylantrag stellen. Eine Einbeziehung aller ausländerrechtlichen Maßnahmen in das Asylverfahren würde gegenüber dem geltenden Recht zu erheblichen Verfahrensverzögerungen führen.

### Verantwortung wahrnehmen

Das alles heißt: Die Aufgabe, alle Asylverfahren — derzeit mehr als 250.000 jährlich — bis hin zur Aufenthaltsbeendigung bzw. Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung zügig durchzuführen, kann

unmöglich bewältigt werden, wenn sämtliche Zuständigkeiten beim Bund zentralisiert werden. Aufgrund der größeren Ortsnähe hinsichtlich der auf das gesamte Bundesgebiet verteilten Asylbewerber können die Länder mit ihren mehr als 700 Ausländerbehörden die ausländerrechtlichen Maßnahmen nach Abschluß des Asylverfahrens schneller und leichter durchführen als eine zentrale Bundesbehörde. Die Bündelung dieser Aufgabe bei einer notwendigerweise ortsferneren Bundesbehörde hätte einen „Flaschenhalseffekt“, der die Verfahren unvertretbar verzögern würde. Deshalb appelliere ich an die SPD-geführten Länder, sich der politischen Verantwortung für die Asylproblematik nicht zu entziehen. Und ich appelliere an die Opposition hier im Deutschen Bundestag, zu den Zielvorstellungen zurückzukehren, wie wir sie am 10. Oktober beim Bundeskanzler vereinbart haben, und ihrer Verantwortung gerecht zu werden, diese Vereinbarungen einzuhalten.

Johannes Gerster

## Grundgesetzänderung notwendig

Im Gespräch der Parteispitzen bei Bundeskanzler Kohl wurde am 10. 10. 1991 folgende Zielvorstellung vereinbart: Daß über die Anträge von Asylbewerbern, die für eine Anerkennung als Asylberechtigter offensichtlich nicht in Frage kommen, künftig in einem Zeitraum von ca. 6 Wochen rechtskräftig entschieden und der Aufenthalt beendet werden kann.

Diese Vereinbarungen haben wir, soweit sie in einem Asylverfahrensgesetz geregelt werden können, in dem vorliegenden Gesetzentwurf umgesetzt.

Dabei leitete uns folgender Gedanke: Im

Interesse der betroffenen Menschen muß gewährleistet sein, daß derjenige, der tatsächlich politisch verfolgt ist, möglichst rasch anerkannt wird. Umgekehrt muß aber auch der Antrag derjenigen, die nicht verfolgt sind, ebenso rasch abgelehnt werden.

### Drei notwendige Schritte

Die nochmalige Beschleunigung des Asylverfahrens durch den vorliegenden Gesetzesentwurf ist lediglich der erste von insgesamt drei notwendigen Schritten zu einer sachgerechten Lösung des Asylproblems. Dieses erste Element muß

— zweitens durch die Ratifizierung der Abkommen von Schengen und Dublin — und drittens durch die Ergänzung der Grundgesetzartikel 16 und 24, wie sie die CDU-Fraktion beantragen wird, vervollständigt werden.

Lassen Sie mich das zweite und dritte Element des Dreiklangs „Verfahrensbeschleunigung“, „Ratifizierung von Schengen und Dublin“ und „Grundgesetzänderung“ näher erläutern.

Die Abkommen von Schengen und Dublin sehen vor, daß Asylbewerber ihre Anerkennungsverfahren nur in einem der Vertragsstaaten durchführen. Zuständig für die Durchführung des Asylverfahrens ist grundsätzlich derjenige Staat, dessen Gebiet der Asylbewerber zuerst erreicht hat. Ein Antragsteller, der — da politisch nicht verfolgt — in einem Staat abgelehnt worden ist, kann nicht nochmals in einem anderen Mitgliedsstaat ein erneutes Asylverfahren in Gang setzen.

### Asylauffangbecken Europas

Die so erreichte Harmonisierung und Koordination der Asylverfahren im Rahmen von Schengen beschränkt sich gegenwärtig noch auf die Vertragsstaaten Bundesrepublik Deutschland, die Beneluxstaaten, Frankreich, Italien, Spanien

und Portugal. Der Kreis dieser Staaten ist noch durch die Nachbesserung bereits bestehender Abkommen mit der Schweiz, Österreich und Polen sowie durch den Abschluß eines Abkommens mit der CSFR zu schließen. Dann würde die Bundesrepublik Deutschland unter Einhaltung der Grundsätze der Genfer Flüchtlingskonvention politisch nicht verfolgte Asylsuchende in sämtliche unserer Nachbarstaaten zurückschicken können, wenn sie über diese Länder zu uns gekommen sind. Aber der Schein trügt. Denn:

Die Bundesrepublik Deutschland kann an der soeben skizzierten europäischen Lösung ohne eine gleichzeitige Ergänzung des Grundgesetzes eben nicht teilhaben. Blicke es nämlich allein bei Schengen und Dublin, müßte die Bundesrepublik Deutschland ihren Verpflichtungen aus den Abkommen entsprechen, also Asylbewerber aus anderen Staaten aufnehmen. Sie dürfte aber umgekehrt keine der bei uns abgelehnten Asylbewerber an andere Staaten abgeben. Konkret hätte dies zwei Folgen:

1. Asylbewerber, für die ein anderer europäischer Partnerstaat zuständig ist, hätten Anspruch auf ein erneutes Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland.
2. Bereits in einem anderen Nachbarstaat abgelehnte Asylbewerber hätten trotzdem Anspruch auf erneute Prüfung ihres Asylanspruchs in der Bundesrepublik Deutschland.

Wer also die Abkommen von Schengen und Dublin ratifiziert, ohne zugleich das Grundgesetz zu ändern, öffnet die Bundesrepublik Deutschland für den unkontrollierten Zustrom von Asylsuchenden, die über oder aus unseren Nachbarstaaten einreisen. Unser Land würde damit zum Asylauffangbecken Europas. CDU und CSU werden folglich einer Ratifizierung der Abkommen ohne Grundgesetzänderung nicht zustimmen.



Währungsunion in Maastricht:

## Ein konsequenter Weg

Die Überschriften der Boulevardpresse klangen dramatisch: „Die deutsche Mark verschwindet“, „Deutschland verschenkt die Mark“ oder: „Spiegelbild statt harte Mark“. Bemerkenswert an diesen Panik-Überschriften waren zwei Dinge: Zum einen die große Resonanz, die die Boulevardblatt-Experten an den Stammtischen und an den Arbeitsplätzen fanden. Dies macht deutlich, daß noch erheblicher Aufklärungsbedarf zu den Grundlagen der europäischen Einigung besteht. Zum anderen ist bemerkenswert, wie über-rascht Journalisten und Politiker waren über ein Verhandlungsergebnis, das in der Zielrichtung seit nunmehr dreißig Jahren verfolgt wird.

Die Europäische Währungsunion ist weder ein Schnellschuß von Maastricht, noch eine Erfindung, die Jaques Delors in seinem Bericht vom Juni 1989 aus dem Hut gezaubert hat, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt Faltlhauser. Vielmehr ist der Vertragstext, der von Theo Waigel in Maastricht ausgehandelt wurde, die hervorragende Ausformung einer politischen Leitidee, die zurückgeht bis ins Jahr 1957:

— Bereits der EWG-Vortrag von 1957 forderte eine Koordinierung der nationalen Währungspolitiken.

— 1959 wird durch ein neues Währungsabkommen die europäische Zahlungsunion aus dem Jahr 1950 abgelöst, nachdem die volle Währungskonvertibilität in den meisten europäischen Staaten erreicht ist.

— 1962 stellt Walter Hallstein sein Aktionsprogramm vor für die zweite

Stufe der Zollunion. Er fordert darin, daß der gemeinsame Markt durch eine Währungsunion zu vervollständigen sei.

— Im Dezember 1969 treffen die Staats- und Regierungschefs in Den Haag die Grundsatzentscheidung, die Europäische Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und Währungsunion weiterzuentwickeln.

— Im Jahr 1970 stellt der luxemburgische Ministerpräsident Pierre Werner seinen Plan zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion vor. Werner wollte die Währungsunion bereits bis zum Jahr 1980 verwirklichen. Dieser Plan ist u. a. in den Turbulenzen des Zusammenbruchs des Systems fester Wechselkurse von Bretton-Woods im Jahr 1971 zum Opfer gefallen.

— 1972 wurde der Weg der währungspolitischen Zusammenarbeit fortgesetzt durch den europäischen Wechselkursverbund („Schlange im Tunnel“) mit einem Schwankungsspielraum der Kurse von insgesamt 4,5 Prozent.

— 1973 wurde der europäische Fond für währungspolitische Zusammenarbeit gegründet. (Das System des europäischen Wechselkursverbundes scheiterte aber daran, daß die nationalen Politiken keinerlei Harmonisierungsbindungen unterlagen).

— 1975 bereits wurde der ECU als europäische Währungseinheit eingeführt. Was damals noch als „Kunstwährung“ belächelt wurde, entwickelte sich in den 80er Jahren zur fünf-wichtigsten Anleihe-Währung weltweit.

— 1979 wurde das europäische Währungssystem (EWS) geschaffen mit der ECU als Korbwährung.

— Seit Januar 1987 ist das EWS ein echtes Festkurssystem: seitdem gibt es keine Paritätsänderungen mehr, obwohl die Mark aufgrund der hohen Handelsüberschüsse Deutschlands gegenüber den übrigen Mitgliedsländern, insbesondere in den Jahren 1988/1989 starkem Aufwertungsdruck unterlag. Das bedeutet nichts anderes, daß wesentliche Teile der ökonomischen Bedingungen einer Währungsunion schon seit mehreren Jahren bestehen.

— 1986 wurde in der einheitlichen Akte nicht nur das politische Ziel der europäischen Union festgeschrieben, sondern auch erste Regelungen zur Schaffung einer zukünftigen Währungsunion.

— Am 17. April 1989 legte Delors seinen Bericht über den stufenweisen Weg zur Währungsunion und zur parallelen Verwirklichung von Wirtschafts- und Währungsunion vor.

— Im Juni 1989 beschlossen die Staats- und Regierungschefs in Madrid, die erste Stufe der WWU am 1. Juli 1990 beginnen zu lassen. Der Beginn der zweiten Stufe wurde nunmehr auf 1. Januar 1994 terminiert.

Fazit also: Der EWWU-Vertrag von Maastricht hat einen sehr langen Vorlauf. Auf dem Weg hin zum Vertrag gibt es eine Vielzahl von Zwischenschritten, Prüfungen, Gutachten, demokratische Entscheidungen. Ein langer Weg, den die Europäische Gemeinschaft mit unterschiedlicher Geschwindigkeit gegangen ist, der aber immer konsequent auf ein Ziel gerichtet war: die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion als ökonomische Grundlage einer politischen Union.

Vor diesem Hintergrund muß es erstaunen, wie viele Bürger sich heute den Sand aus den Augen reiben und verschlafen fragen: „Was, schon so weit?“ Dieser Umstand kann jedoch nur Aufforderung

zu mehr politischer Aufklärung sein und nicht Signal zur politischen Umkehr.

## Warum eigentlich Währungsunion?

Die Gründe für eine Währungsunion sind zum einen politischer, zum anderen wirtschaftlicher Natur.

Das wichtigste Argument für eine Währungsunion ist politischer Natur: Eine umfassende politische Union ist ohne eine Währungsunion kaum denkbar. Dieser Grundsatz muß allerdings auch umgekehrt gelten: Eine Währungsunion als nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft braucht auch den tatsächlichen Fortschritt in der politischen Union. Hier setzen verständliche Kritikpunkte an den Fortschritten der politischen Union in Maastricht an. Die politische Union muß mit den Fortschritten der Wirtschafts- und Währungsunion Schritt halten, sonst verändert sich die Geschäftsgrundlage des ganzen Vorgehens.

Aber auch die wirtschaftspolitischen Gründe für eine Währungsunion wiegen schwer.

Bundesbankpräsident Schlesinger betont (Wirtschaftsdienst 1991/V):

*„Die Festschreibung der Wechselkurse und die Einführung einer gemeinsamen Geld- und Wirtschaftspolitik machen Kurssicherungskosten im innergemeinschaftlichen Handel und im Kapitalverkehr entbehrlich und schaffen insoweit eine sichere Kalkulationsgrundlage.“*

Die EG-Kommission hat die Kosten für Währungsumtausch und Kurssicherung für alle europäischen Mitgliedsländer zusammen auf 30 Milliarden DM beziffert.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in besonderer Weise interessiert an stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen in den

Partnerländern, da jede dritte Mark in unserem Land mit dem Export erwirtschaftet wird und 60 Prozent des Exportvolumens mit den europäischen Nachbarländern abgewickelt werden. Mit dem Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion werden die Rahmenbedingungen, die seit über 40 Jahren in Deutschland für ein hohes Maß an Geldwertstabilität gesorgt haben, auf die europäische Gemeinschaft übertragen. Der Export stabilen Geldes nach Europa ist damit ein wirksamer Beitrag für Wohlstand und soziale Sicherung in unserem eigenen Land.

Finanzminister Dr. Waigel betonte in der Plenardebatte des Deutschen Bundestages am 13. 12. 1991:

*„Zahlreiche europäische Währungen, auch außerhalb des EWS, haben in den vergangenen Jahren am deutschen Stabilitätsanker festgemacht. Das hat für uns Vorteile, aber auch zusätzliche Belastungen und Verantwortung mit sich gebracht. Jetzt erhält der ganze Stabilitätsgeleitzug den letzten und sichersten Flankenschutz, der überhaupt vorstellbar ist.“*

Durch eine Währungsunion werden durch die unveränderlichen Wechselkurse die Möglichkeiten beseitigt, durch Wechselkurspolitik die Wettbewerbsverhältnisse zu verzerren. Wie oft wurde in der Vergangenheit die deutsche Wettbewerbssituation durch Abwertungen der Währungen europäischer Nachbarländer geschwächt? Diese Art der leichten Bereinigung hausgemachter Fehler besteht in der Zukunft für unsere Partnerländer nicht mehr!

## Zwei kritische Fragen

Wenn man mit der grundsätzlichen Zielvorstellung einer Wirtschafts- und Währungsunion einverstanden ist, sind zwei kritische Fragen relevant!

### Erstens:

Sind die Bedingungen für das schrittweise Vorgehen zu einem europäischen Währungsraum im Sinne deutscher Stabilitätspolitik richtig und ausreichend präzise?

### Zweitens:

Gibt es auf dem Weg bis zur unveränderlichen Festlegung auf eine gemeinsame Währungsunion Möglichkeiten der Korrektur und des Bremsens; können wir die Entwicklungen also kritisch beobachten im Sinne des von Delors vorgegebenen „Lernprozesses“ in der zweiten Stufe? Oder gibt es einen unabänderlichen Automatismus, völlig unabhängig von der Entwicklung der wirtschaftspolitischen Konvergenz der Vertragspartner?

Die erste Frage ist klar zu beantworten. Die Vertragspartner haben sich mit dem Vertrag zu Wirtschafts- und Währungsunion praktisch verpflichtet, die monetäre Ordnung Deutschlands zu übernehmen. Waigel hat in Maastricht die deutschen Interessen durchgesetzt. Das läßt sich an einer ganzen Reihe von Beispielen belegen:

Die vorrangige Verpflichtung des europäischen Systems der Zentralbanken auf Preisstabilität ist in Artikel 105 des Vertragswerkes noch deutlicher festgelegt als im Deutschen Bundesbankgesetz.

Die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank gegenüber Weisungen nationaler Regierungen oder von der Europäischen Gemeinschaft ist in Artikel 107 unmißverständlich geregelt. Zusätzlich garantiert eine achtjährige Amtszeit, nach der eine Wiederwahl nicht zulässig ist, für den Präsidenten, den Vizepräsidenten und für andere Mitglieder des Direktoriums der europäischen Zentralbank weitgehende politische Unabhängigkeit.

Nicht zuletzt sind die Bedingungen für die wirtschafts- und finanzpolitische Dis-

ziplin der Partnerländer als Grundvoraussetzung für den Eintritt in die dritte Stufe zufriedenstellend streng. An dieser Stelle ist zu erinnern an den September 1990: Damals hat die Deutsche Bundesbank ihre Stellungnahme zum Delors-Bericht veröffentlicht. Die von der Bundesbank damals genannten Voraussetzungen für den Eintritt in eine dritte Stufe wurde von vielen Experten als so extrem streng interpretiert, daß sie daraus eine Ablehnung der deutschen Bundesbank gegenüber der europäischen Währungsunion herauslassen.

Das Erstaunliche ist: Alle die von der Deutschen Bundesbank damals genannten Kriterien: Einebnung der Inflation, Reduzierung der Haushaltsdefizite, Annäherung der Zinsen und nachgewiesene dauerhafte Einbringung in das EWS sind in Maastricht umgesetzt und präzisiert worden.

Das ist ein Verhandlungsergebnis von Theo Waigel, das alle ernstzunehmenden Experten vor Jahresfrist nicht für möglich gehalten haben.

Was aber ist, wenn die strengen Vorgaben des Vertragstextes nicht eingehalten werden? Was passiert z. B., wenn Belgien von seiner Verschuldenshöhe von 125 Prozent, gemessen am Bruttosozialprodukt, nicht herunterkommt? Was geschieht, wenn Italien weiterhin exorbitante Nettoneuverschuldungen ausweist oder wenn Griechenland weiterhin hohe Inflationsraten zu verzeichnen hat?

Der Maastrichter Vertragstext sieht hier vor, daß im Jahre 1997 mehr als die Hälfte der Mitglieder die Konvergenzbedingungen erfüllen müssen, um in diesem Jahr bereits die dritte Stufe der Währungsunion beginnen zu lassen. Ist dies nicht der Fall, kann im Jahr 1999, unabhängig davon, wie viele Länder die Konvergenzbedingungen erfüllen, die Währungsunion beschlossen werden. Einen

Automatismus gibt es dabei jedoch nicht! Es bedarf hierfür noch der politischen Beschlüsse auf höchster Ebene, nämlich im europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs. Bei der Festlegung der Währungsrelationen ist das Einstimmigkeitsprinzip vorgesehen. EG-Kommissar Peter M. Schmidhuber stellt deshalb mit Recht fest: „Die Entwicklung bleibt also unter politischer Kontrolle, so daß nach dem festgelegten Kurs auf Sicht navigiert werden kann.“

Für dieses „Navigieren auf Sicht“ bedarf es auch unsererseits noch großer Anstrengungen, die Konvergenzbestimmungen dauerhaft zu erfüllen, bedarf es der kritischen Aufmerksamkeit gegenüber unseren Partnerländern und der Standfestigkeit für den Fall, daß die Grundlagen für eine Währungsunion im Jahr 1997 und dann im Jahr 1999 noch nicht gegeben sind. Die endgültige Entscheidung im Jahr 1999 kann nur auf der Basis eines breiten politischen Konsens in unserem Land erfolgen!

Europa ist auf dem Weg zu einer Stabilitätsgemeinschaft. Dieser Weg dorthin ist in Maastricht in seinen Grundlagen stabil ausgebaut worden. Bei der Vorwärtsbewegung dieses Weges bis zur Währungsunion bleiben aber wirtschafts- und finanzpolitische Disziplin und politische Wachsamkeit angebracht.

## Aussiedlerzahl weiter gesunken

Die Aussiedlerzahlen gehen weiter zurück. Vom 1. Januar dieses Jahres bis zum 15. Februar kamen 27.459 deutsche Aussiedler in die Bundesrepublik. Im selben Zeitraum vor einem Jahr waren es 30.182. Im Vergleichszeitraum 1990 waren es 52.991. Aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) kamen bisher in diesem Jahr 20.659, aus Polen 4.355 und aus Rumänien 2.154 Aussiedler.

## Repräsentativumfrage

# Einstellungen und Wirklichkeit bei Männern und Frauen in Ost und West

**Über 60 Prozent meinen, man müsse mehr für die Gleichberechtigung tun. Die Befragten im Osten fordern dies zu 57 Prozent vom Staat, die im Westen setzen zu 73 Prozent auf den einzelnen. Im Westen wünschen sich 49 Prozent der Befragten Teilzeitarbeit, im Osten nur 28 Prozent. Hausfrauen-tätigkeit von 91 Prozent gleich hoch bewertet wie Erwerbstätigkeit.**

Das sind Ergebnisse aus der ersten großen vergleichenden Repräsentativumfrage zur Gleichberechtigung in den alten und neuen Bundesländern, die im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt und von der Bundesministerin für Frauen und Jugend, Angela Merkel, vorgestellt wurden.

Bundesministerin Angela Merkel: Die Umfrage liefert Ausschlüsse über zwei sehr wichtige Felder der Politik im vereinigten Deutschland: Zum einen zeigt sie, welche Erfolge die Bundesregierung bereits mit ihrer Gleichberechtigungspolitik erreicht hat, aber auch was hierfür noch getan werden muß. Zum anderen hält sie als Momentaufnahme für den jetzigen Zeitpunkt fest, wie weit die deutsche Vereinigung inzwischen dort angekommen ist, wo sie am wichtigsten ist, nämlich in den Köpfen der Menschen, und dies in einer für die Gesellschaft so fundamentalen Frage wie dem Verhältnis von Frau und Mann in allen Lebensbereichen.

Die Untersuchung macht deutlich, daß bei vielen Fragen Einvernehmen zwischen den Geschlechtern herrscht. Über-

einstimmung besteht bei den Menschen im Osten wie im Westen über die Lebensbereiche, die ihnen besonders wichtig sind.

So steht Partnerschaft eindeutig an erster Stelle bei den Deutschen, danach kommen bei den Männern Beruf, bei den

### Angela Merkel stellt erste gesamtdeutsche Untersuchung vor.

Frauen Kinder. Bei der Verteilung der Aufgaben im Haushalt zeigt sich, daß die traditionellen Muster der Aufgabenverteilung fortbestehen, auch für berufstätige Frauen.

Deutliche Unterschiede zwischen Ost und West ergeben sich dagegen bei der Einschätzung der momentanen Lebenssituation. Während 70 Prozent der Westdeutschen sagen, sie haben ungefähr das, was ihnen zusteht, sind dies im Osten nur 53 Prozent. Diese Beurteilung korrespondiert mit der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation. Die deutsche Mehrheit (58 Prozent) im Westen sagt, daß ihre eigene wirtschaftliche Lage gut sei, und nur etwas mehr als ein Drittel (35 Prozent) der Ostdeutschen kommen zu dem gleichen Urteil.

40 Jahre Leben in einem totalitären Staat sind natürlich nicht spurlos an den Einstellungen vieler Menschen in den neuen Bundesländern vorbeigegangen, so daß sie sich bei relevanten Fragen gravierend von denen im Westen unterscheiden.

Sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern sind über 60 Prozent der Befragten der Meinung, daß für die Gleichberechtigung von Frau und Mann noch zu wenig getan wurde. Dagegen werden extreme Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich, wenn es darum geht, wie die Gleichberechtigung verwirklicht werden könnte. Während im Westen drei Viertel der Befragten der Meinung sind, daß es hauptsächlich die Aufgabe jedes einzelnen sei, die Gleichberechtigung zu verwirklichen und nur ein Viertel diese Aufgabe dem Staat zuschreibt, ist die Situation im Osten ganz anders. Eine klare Mehrheit von 57 Prozent sieht dies hauptsächlich als Aufgabe des Staates an. Dabei ist interessant, daß sich nur 26 Prozent im Osten und 32 Prozent im Westen für eine Quotenregelung aussprechen.

## Hausarbeit hoch bewertet

Offensichtlich erfolgreich hat sich die Gleichberechtigungspolitik auf einige Einstellungen in der Bevölkerung ausgewirkt:

Hausfrauenarbeit wird von 91 Prozent ohne Unterschied zwischen Ost und West genauso hoch bewertet wie Erwerbstätigkeit. Das ist eine gute Voraussetzung, die Diskriminierung von Hausarbeit durch fehlendes Sozialprestige zu überwinden.

Auch in der Frage der Berufsausbildung und der Berufswahl gibt es eine große Mehrheit für die Gleichberechtigung: Über 80 Prozent der Befragten sagen, daß eine gute Berufsausbildung für Jungen nicht wichtiger sei als für Mädchen.

Ganz anders sieht es im Berufsleben aus. Daß Frauen im Berufsleben gravierende Benachteiligungen erfahren, wird von zwei Drittel der Befragten klar erkannt. Im Westen wie im Osten ist eine deutliche

che Mehrheit (68 Prozent) der Meinung, daß Frauen mehr leisten müssen als Männer, um in die gleiche berufliche Position zu gelangen und daß sie nicht die gleiche Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit erhalten, sagen im Westen sogar 79 Prozent, im Osten sind es noch 54 Prozent. Selbst bei den Männern herrscht diese Einsicht vor, im Westen bei 76 Prozent im Osten bei 51 Prozent.

## Beruf und Familie

Die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen findet entsprechend große Zustimmung. Im Westen sprechen sich 73 Prozent dafür aus und im Osten, wo der Frauenanteil bei den Arbeitslosen mit derzeit über 60 Prozent überproportional hoch ist, sogar 86 Prozent. Noch deutlicher fällt die Zustimmung dafür aus, daß mehr getan werden sollte, um den Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. In beiden Teilen Deutschlands unterstützen 91 Prozent diese Forderung.

Darüber, wie und ob überhaupt die Frau Beruf und Familie vereinbaren sollte, bestehen gravierende Unterschiede in den alten und neuen Bundesländern. Im Westen überwiegt insgesamt die Einstellung, daß Frauen zugunsten der Kindererziehung längere Zeit auf die Berufstätigkeit verzichten sollten. Im Osten ist die Akzeptanz einer berufstätigen Mutter wesentlich ausgeprägter.

Entsprechend ist für 77 Prozent der Befragten im Westen Kinderkrippen kein wichtiges Thema, im Osten für 62 Prozent. Bei der Frage, ob eine Betreuung von Kindern im Krippenalter außerhalb der Familie eher der Entwicklung der Kinder schadet, gehen die Meinungen derer, die diese Frage bejahen, im Osten (39 Prozent) und im Westen (63 Prozent) deutlich auseinander. ■

# Wohin die Reise gehen muß

## Tourismuspolitisches Programm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Neue „Leitlinien zur Fremdenverkehrs- und Tourismuspolitik“ hat die Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegt. Zu den wichtigsten Akzenten dieser Leitlinien erklärten der Vorsitzende dieser Arbeitsgruppe, Rolf Olderog, und der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Fremdenverkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, Klaus Brähmig:**

Mit den zwanzig Seiten umfassenden Leitlinien ist die CDU/CSU die einzige Fraktion im Bundestag, die über ein tourismuspolitisches Programm verfügt.

„Wir wollen einen gleichermaßen wirtschaftlich ergiebigen wie auch umweltverträglichen und sozialverantwortlichen Tourismus.“ — Schon im Vorwort machen die Unionspolitiker klar, wohin die Reise gehen muß: Die Abwehr von Gefahren für Umwelt, Natur und Landschaft — etwa die Zersiedlung der Landschaft, die Vernichtung von Biotopen und Arten oder die Belastung unserer Luft durch Fahrzeug- und Flugzeugabgase — hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.

Neue Wege müssen beschritten werden: ökologisch empfindliche Räume für Touristen sperren; kein größeres Projekt ohne Umweltverträglichkeitsprüfung; für intensiv genutzte Räume Kapazitätsgrenzen vorsehen; landschaftsschonende und -angepaßte Bauvorhaben; Modell-

projekte für umweltfreundlichen Tourismus fördern. Vorfahrt für die Bundesbahn und den modernen umweltfreundlichen Reisebus!

Die Unions-Tourismuspolitiker setzen sich ein für ein möglichst EG-einheitliches Gütesiegel, das einen Anreiz für verstärkte Anstrengungen im Umweltschutz bei Reiseveranstaltern, Hotels und Zielgebieten schaffen soll.

Eckpunkte für den Aufbau des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern sind z. B.: vorhandene Bettenangebote so rasch wie möglich auf den Markt bringen; mehr Power bei der Privatisierung

### Weltweit Wachstumsbranche Nummer eins: der Tourismus.

der ehemaligen FDGB-Heime und der Gästehäuser von NVA, Stasi und Partei, eine Rundum-Modernisierung in Hotels, Gaststätten und Privatquartieren; Know-how-Transfer, Schulung und Beratung. Längerfristig das allerwichtigste: Eine zwischen ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten sorgfältig abgestimmte Landes-, Regional und Ortsplanung.

Auch die Urlaubsangebote in den alten Bundesländern müssen sich mit einem „Fitneßprogramm“ für einen schärfer werdenden europäischen Wettbewerb rüsten. Der Qualitätsstandard mittelständischer Betriebe muß den Erwartungen

eines immer anspruchsvoller werdenden Gastes Rechnung tragen, auch im Bereich Umweltschutz. Moderne, wetterunabhängige öffentliche Gemeinschaftseinrichtungen für Spiel, Spaß und Sport sind gefragt.

Die Branche muß noch professioneller arbeiten, in leitende Funktionen einer Kurverwaltung oder eines Fremdenverkehrsamtes gehören qualifizierte Fachleute. Die touristischen Berufe, insbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe, müssen für Nachwuchskräfte noch attraktiver werden. — Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) und der Deutsche Fremdenverkehrsverband (DFV) sollen unsere Urlaubsangebote gemeinsam vermarkten. Wir brauchen insbesondere eine gezielte Werbung für die Vor- und Nachsaison.

### **Europäische Tourismuspolitik**

Die Unionspolitiker fordern einheitliche Wettbewerbsbedingungen, eine Steuerharmonisierung, vor allem auch die Durchsetzung europa-einheitlicher Umweltstandards für Luft, Lärm, Boden und Wasser auf hohem Niveau.

Neue Akzente setzen die Leitlinien auch für die Bereiche Auslandstourismus, Reiseveranstalter und Reisebüros, Verkehrspolitik, Wissenschaft sowie Organisation.

Der Tourismus ist weltweit Wachstumsbranche Nr. 1, die Deutschen sind Weltmeister im Reisen. Die Bundesregierung sollte dem hohen wirtschaftlichen Stellenwert des Fremdenverkehrs noch stärker als bisher Rechnung tragen. Die Unions-Arbeitsgruppe Tourismus wünscht eine eigene Abteilung im Bundeswirtschaftsministerium, zumindest aber eine personelle Aufstockung des Fremdenverkehrsreferates. Das tourismuspolitische Programm des Bundeswirtschaftsministers, das noch aus den siebziger Jahren (!) stammt, muß neu aufgelegt werden. ■

## **Arbeitgeber: Gute Ausbildungschancen für Hauptschüler**

**Das Bild der Hauptschule in der Öffentlichkeit braucht dringend eine Korrektur. Gerade auch Hauptschüler hätten gute Ausbildungschancen, es sei aber notwendig, die Qualität der Hauptschul-ausbildung zu verbessern. Die Wirtschaft sucht dringend Hauptschulabsolventen.**

Dies erklärte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln anlässlich der Veröffentlichung einer Umfrage bei bundesdeutschen Unternehmen zu den Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Hauptschulabsolventen.

Häufig werde ein Hauptschulabschluss als unzureichend empfunden. Die Untersuchung belege im Gegensatz dazu den herausragenden Stellenwert von Absolventen dieses Schultyps für die Wirtschaft. Nicht nur die Ausbildungsfähigkeit, sondern auch Eigenschaften wie Fleiß und Zuverlässigkeit seien ihre hervorstechenden Merkmale.

Über zwei Drittel der befragten Unternehmen äußerten daher auch den Wunsch nach Beibehaltung der Hauptschule als Komponente des dualen Systems. Die Untersuchung zeigte aber auch erkennbare Leistungsdefizite wie Theoriemangel und allgemeiner Lernschwäche. Diese seien Folge falscher Lerninhalte und Lehrmethoden als Ergebnis verfehlter Bildungspolitik in den 70er Jahren. Hier müsse nachgebessert werden.



# Importverbot für Tropenhölzer kuriert nur am Symptom

Nun hat die SPD wieder eine ihrer Lieblingsforderungen, das Verbot des Importes von Tropenholz, aus dem Hut gezaubert. Sie nutzt damit die emotionalen Besorgnisse in einem Teil unserer Bevölkerung schamlos aus. Die Fachleute der SPD müßten gerade bei einem derart wichtigen Thema den Aktionismus unterlassen und statt dessen zu einer sachdienlichen Aufklärung beitragen helfen, stellte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Michael Glos, fest.

So löst das Verbot des Importes von Tropenholz kein Problem, da die Ursachen weitaus tiefer liegen. Im weltweiten Maßstab wird geschätzt, daß die Waldvernichtung zu

- 60 Prozent durch bäuerliche Brandrodung (einheimische Bevölkerung und standortfremde Siedler),
- 30 Prozent durch großflächige Erschließungs- und Entwicklungsprojekte (z. B. Stauseen, industrieller Plantagenanbau, Viehweide),
- 10 Prozent durch unsachgemäße Formen der Holznutzung bedingt ist.

Das Hauptproblem der Tropenwaldvernichtung sind Armut, Unterernährung und Landlosigkeit der Kleinbauern in Zusammenhang mit einem explosionsartigen Bevölkerungswachstum. Die ungünstige Landverteilung führt dazu, daß die Kleinbauern zur Brandrodung gezwungen sind, weil ihnen der Zugriff zu geeigneten, aber brachliegenden Böden der Großgrundbesitzer verwehrt ist. Brasiliens Großgrundbesitzer z. B., die mit nur rund 10 Prozent der Betriebe über rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügen, lassen einerseits riesige

Areale brachliegen, nutzen andererseits große Landflächen zum Anbau von Futtermitteln oder zur Erzeugung von Rindfleisch, für das auf dem Weltmarkt kein Bedarf besteht, während die Ernährung der eigenen Bevölkerung nicht gesichert ist.

Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland am Welthandel mit Tropenholz beträgt weniger als vier Prozent bei gleichzeitig sehr aufnahmefähigen Märkten für diese Hölzer in anderen Ländern, z. B. in Japan. Ein deutsches Importverbot rettet keinen einzigen Quadratkilometer Tropenwald, verhindert hingegen die Möglichkeit, auf eine nachhaltige Nutzung der Tropenwälder hinzuwirken. Eine nachhaltige Bewirtschaftung von Tropenwäldern ist, wie Beispiele aus der Entwicklungshilfe belegen, grundsätzlich möglich. Man darf den Entwicklungsländern nicht die Chance verwehren, durch eine nachhaltige Nutzung ihrer Waldressourcen Beschäftigung für die einheimische Bevölkerung zu schaffen. Die Absicht der deutschen Holzindustrie, ab Mitte der 90er Jahre nur noch Tropenholz zu importieren und zu verarbeiten, das aus umweltgerechter Waldbewirtschaftung stammt, ist daher dem Problem angemessener als die öffentlichkeitswirksamen Forderungen der SPD.

Der Schutz und die Erhaltung von Tropenwäldern ist darüber hinaus einer der Schwerpunkte der entwicklungspolitischen Arbeit der Bundesregierung. Die 1988 gezielt aufgestockten Fördermittel für Programme der Tropenwalderhaltung und Forstentwicklung belaufen sich auf jährlich über 300 Mio. DM. Die Bundesregierung hilft damit dem Tropenwald besser als mit der Forderung nach einem Importverbot. ■

# Helmut Kohl sagt Frauen-Union seine Unterstützung zu

In einem Gespräch mit dem Parteivor-sitzenden der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, am 19. Februar 1992 erörterte die Frauen-Union unter Lei-tung ihrer Bundesvorsitzenden Rita Süßmuth die Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 1992.

Der Parteivorsitzende sagte den Frauen beim Aufbau der Frauen-Union in den neuen Bundesländern seine volle Unter-stützung zu. In allen Landesverbänden sind Landesvorstände der Frauen-Union gewählt. In 66 Kreisen arbeiten bereits

Kreisvorstände der Frauen-Union. Diese positive Entwicklung will der Bundesvor-sitzende weiter unterstützen.

Schwierig ist und bleibt die Lage für Frauen in den neuen Bundesländern auf dem Arbeitsmarkt. Hier kündigte der Vorsitzende an, daß die Bundesregierung mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auch 1992 für eine Entlastung sorgen will.

Eine der großen Herausforderungen, die der Vorsitzende gemeinsam mit den Frauen der Union angehen möchte, ist die zukünftige Bildungspolitik im Wirt-schaftsstandort Deutschland. Wichtig sei eine offene und grundsätzliche Diskus-sion aller bildungspolitisch relevanten Fragen. Hierzu werden die Unions-Frauen Vorschläge erarbeiten.

Der Bundesvorsitzende wird beim näch-sten Bundesdelegiertentag der Frauen-Union im September 1992 in Suhl/Thü-ringen dabei sein. Die Frauen-Union wird die Zukunft Europas in den Mittelpunkt dieser bundesweiten Tagung stellen. ■

## Helmut Kohl Der deutsche Kanzler – Biographie von Werner Maser –

Aufgrund der großen Nachfrage unse-  
rer letzten Aktion im Herbst 1991  
haben wir uns entschlossen Ihnen das  
o. a. Buch noch einmal anzubieten.

Bestellberechtigt sind alle CDU-Kreis-  
verbände. Orts-, Gemeinde- und  
Stadtverbände wenden Sie sich bitte  
an den jeweiligen Kreisverband.

Die Mindestabnahme beträgt 50 Expl.  
Der Einzelpreis beträgt 10,70 DM  
inkl. Versand zzgl. MwSt.

Bestellungen bitte schriftlich an:

**CDU-Bundesgeschäftsstelle**

**Abt. Information**

**Herrn Geiser**

**Konrad-Adenauer-Haus**

**5300 Bonn 1**

**Fax (02 28) 5 44-372**

## Leipzig wird zweite Nachtluftpostzentrale

Die Deutsche Bundespost POSTDIENST plant zur Entlastung des Frankfurter Flughafens den Aufbau eines zweiten Nachtluftpoststerns in Leipzig. Die Qua-lität des Briefverkehrs insgesamt, aber insbesondere mit den neuen Bundeslän-  
dern, wird sich dadurch weiter verbes-  
sern. Der Flughafen Leipzig/Halle wird damit Hauptdrehzscheibe des Nachtluft-  
postnetzes in den neuen Bundesländern.

## Neu im Angebot

### CDU-Schlüsselanhänger mit Geduldspiel

Testen Sie Ihre Geschicklichkeit mit dem neuen CDU-Schlüsselanhänger. Denn dieses neue Werbemittel ist Geduldspiel und Schlüsselanhänger zugleich. Und so funktioniert's:

Der Schlüsselanhänger aus durchsichtigem Acrylglas enthält zwölf Glaskugeln, die in die entsprechenden Europasterne (siehe Abb.) gespielt werden müssen. Sie glauben, das ist zu leicht? Dann testen Sie, wie lange Sie oder Ihre Bekannten sich mit diesem CDU-Werbemittel beschäftigen.

Bestell-Nr.: 9455

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je Einheit: 26,25 DM



Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 13 28**  
**4804 Versmold**



Mit dieser großen Universaltasche können Sie nicht nur Einkaufen gehen, auch im Schwimmbad oder beim Picknick bietet sich der Einsatz dieser Tasche an. Reißfestes Nylongewebe, eine zusätzliche Reißverschlultasche an der Außenseite sowie die Supergröße von 53 x 40 cm sind die hervorstechenden Merkmale dieser Tasche.

Bestell-Nr.: 9442

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je Einheit: 40,— DM

## Neu Flugblätter zum Steueränderungsgesetz

Zum Steueränderungsgesetz hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle mehrere Flugblätter als Infofax-Sonderservice erstellt. Wer dieses argumentative Werbemittel für die Basisarbeit haben möchte, kann seine Bestellung an die Bundesgeschäftsstelle in Bonn richten, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Telefon (02 28) 54 44 77.

Die Themen lauten:

- Mehrwertsteuererhöhung überfordert niemanden
  - Mehr Geld für Familien mit Kindern!
  - Mehr Geld für Investitionen und sichere Arbeitsplätze!
  - Bessere Förderung des Wohnungsbaus
- Außerdem zum Thema Umwelt:
- Ozonloch
- Bundesrepublik: Vorreiter beim Schutz der Erdatmosphäre

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## CDU-Parkscheibe mit neuem Aufdruck



Ab sofort können Sie die neugestaltete CDU-Parkscheibe bestellen. Im Interesse des Umweltschutzes haben wir bei dieser Produktion auf die PVC-Klarsicht-



hülle verzichtet sowie ausschließlich Recycling-Karton verwendet. — Bestell-Nr.: 9814, Verpackungseinheit: 100 Expl., Preis je Einheit: 56,— DM

# UID

7/1992

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementpreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung:  Ver-einigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.